



Groß war das Interesse der Bürger an der „Jetzt red's ihr“-Veranstaltung des CSU-Kreisverbandes.

Fotos: wbf

# Jetzt red's ihr: Politiker ließen Bürger zu Wort kommen

**POLITIK** CSU-Ortsverband pflegte im fast vollbesetzten Emmer-Saal den Kontakt zur Basis.

**TREFFELSTEIN.** „Jetzt red's ihr! Und wir hör'n zu!“ hieß es am Donnerstagabend im Gasthaus Herbert Emmer in Treffelstein. Mit dieser Formel versuchte der CSU-Kreisverband wieder mehr Nähe zur Basis und zu den Bürgern herzustellen. Der Erfolg gab der Veranstaltung recht. Fast bis auf den letzten Platz war der Saal des Gasthauses gefüllt, und die Anwesenden scheuten sich nicht, den Politikern auch unangenehme Fragen zu stellen.

Es gab weder Vorgaben, noch eine Tagesordnung, allein die Bürger bestimmten die Themen. Die politischen Mandatsträger der Christlich-Sozialen Union, Staatssekretär Markus Sackmann und MdB Karl Holmeier, antworteten nur. Diskutiert wurde eine Vielzahl von Themen der Kreis-, Landes- und Bundespolitik, die der Bevölkerung am Herzen lagen. Als Schwerpunktthemen kristallisierten sich bald der Straßenbau und die ländliche Entwicklung heraus. Die Moderation oblag dem stellvertretenden CSU-Kreisvorsitzenden Ludwig Reger.

## Den Anschluss verpasst?

Auf die Frage eines Bürgers, ob man im Landkreis Cham, der als einziger in Bayern ohne Autobahnanschluss ist, den Anschluss verpasst habe, räumte MdB Holmeier durchaus Versäumnisse nach der Grenzöffnung ein. In den letzten Jahren habe sich zwar einiges getan, aber dennoch bestehe Nachholbedarf. Um den Bürgern ein Gefühl für den enormen Kostenaufwand zu geben, nutzte der MdB das Beispiel der vierspurig ausgebauten B 85 Cham-Roding. Allein der Ausbau des Teilstücks Untertraubenbach-Piending würde 30 Millionen Euro in Anspruch nehmen. Außerdem solle eine rund drei Millionen Euro teure und 7,8 Kilometer lange Ortsumgehung des Rodinger Stadtteils Neubäu gebaut werden. Damit wäre die B 85 von der Autobahnanschlussstelle 33 „Schwandorf-Mitte“ bis Cham-Süd fast durchgehend vierspurig befahrbar.

„Es passiert was auf den Straßen des Landkreises, aber Schritt für Schritt“. Der Bau einer Autobahn sei utopisch, so Holmeier. Man müsse über kleine Schritte nachdenken, so etwa über eine dritte Spur für die B 16. Der Abschnitt Cham-Furth werde in den nächsten zwei Jahren gebaut, Richtung Straubing beginne nächstes Jahr das Planfeststellungsverfahren. Der Bund stelle heuer 9,75 Milliarden Euro für den Straßenbau zur Verfügung, auch die Maut fließe in den Straßenunterhalt mit ein, aber die Mittel reichten nicht. „Das ist unsere Zukunft“, meinte er. Und Holmeier ist sich sicher: „Die Vignetten-Diskussion wird beginnen.“ Ein großes Problem sah Staatssekretär Sackmann darin,



„Landwirtschaft braucht Planungssicherheit“, forderte Ludwig Zangl.

dass zwar viele Straßen im Landkreis in die oberste Dringlichkeit aufgenommen wurden, aber beklagt würden. Solange diese Probleme nicht beseitigt seien, könne nicht gebaut werden, keine anderen Straßen hätten die Möglichkeit, in die Bedarfsplanung aufgenommen zu werden. Sackmann appellierte an die Solidarität von Grundstückseignern, den Projekten nicht im Wege zu stehen.

Zu Themen wie GAP 2013 bis 2020, Gesundheitspolitik, Leiharbeit, Mindestlohn, und dem Integrationsproblem hatten auch die Mandatsträger keine Musterlösungen parat. Sackmann postulierte hier, dass für eine Integration das Beherrschen der deutschen Sprache unabdingbar sei.

Auf den Vorwurf eines Bürgers, dass die CSU nicht mehr den Mut habe, „heiße Themen“ wie Einwanderungspolitik anzusprechen, äußerte sich Karl Holmeier: „Die CSU ist immer noch die Partei von früher“. Die Einwanderungspolitik sei ein heikles Thema, mit dem nicht nur Deutschland zu kämpfen habe. Dabei verwies Sackmann auf die Flüchtlingsströme von Tunesien nach Italien.

Auch regenerative Energiequellen wurden thematisiert. MdB Holmeier führte hierzu aus, dass die Förderleistungen gesenkt wurden, um die Überförderung von Solarstrom zu stoppen. „Der Staat musste justieren.“ Deswegen fielen die Förderungen von Photovoltaikanlagen auf Dachflächen auf 16 Prozent, bei Freiflächen gar auf 15, ganz zu schweigen von Freiflächen. Es nütze nichts, Unmengen Strom zu produzieren, wenn dieser nicht gespeichert werden könne. Holmeier wies hier auf die Fördermaßnahmen der KfW hin, die etwa durch Wohnraummodernisierungsförderung Anreiz zur energetischen Sanierung biete.

## „Auf Ressourcen besinnen“

Als weiterer Schwerpunkt zeigte sich der ländliche Raum. WBV-Vorsitzender Josef Höcherl wies auf die Gefahr der Entvölkerung hin. „Wir müssen uns auf unsere Stärken und unsere Ressourcen besinnen“, forderte er. 43 Prozent der Landkreisfläche seien Wald. Doch das Geld fließe aus dem Raum weg. „Wo bleibt da die Inwert-

setzung unserer Region?“, fragte Höcherl die Politiker.

Sackmann stimmte den Forderungen der Bürger zu, dass der ländliche Raum bei Förderung von Infrastruktur oder Städtebau mehr berücksichtigt werden müsse. Und es müsse versucht werden, Ämter neu anzusiedeln. Der Staatssekretär räumte aber auch ein, dass sich die Regionen auch nicht immer bestmöglich präsentierten.

Die Schuld an der Krankenhausmiserie im Landkreis liege bei der CSU, so verlautete ein weiteres Statement aus der Runde. Es sei versäumt worden, ein zentrales Krankenhaus in Cham zu bauen, stattdessen habe man Fördermittel für sinnlose Sanierungsarbeiten in Roding, Bad Kötzing oder Waldmünchen verschwendet.

## Kliniken brauchen „starke Partner“

Markus Sackmann merkte an, dass der schwarze Peter für die Krankenhausproblematik nicht der CSU zugeschoben werden können, auch in rot-regierten Landkreisen bestehe dasselbe Problem. Es gebe nun mal einen Kreistagsbeschluss für eine dezentrale Versorgung. Wichtig wäre ein starker Partner für die Krankenhäuser wie die Barmherzigen Brüder oder die Caritas, damit auch Ärzte im Landkreis wirken wollten. „Es sind Veränderungen nötig“, waren sich Sackmann und Holmeier einig, wie diese allerdings aussehen, stehe noch in den Sternen.

Vehement für Studiengebühren trat Markus Sackmann ein. Wer an einer bayrischen Universität studieren wolle, müsse dafür bezahlen. Das Niveau der bayrischen Unis komme nicht von ungefähr. Nicht umsonst kämen Studenten aus allen Teilen des Landes. Es sei nur gerecht, denn auch Handwerker, die ihre Meisterprüfung machen, müssten dafür in die Tasche greifen. Außerdem habe ein Student 25 Jahre Zeit, um seine Bafög-Schulden zurückzuzahlen.

Zum Thema Lehrerüberschuss meinte Markus Sackmann knallhart: Man müsse bei der Studienwahl auch die demografische Entwicklung im Auge haben und könne nicht erwarten, trotz Schülermangels in das Beamtenverhältnis übernommen zu werden. (wbf)